

Bar, Přemysl

**Waffenstillstand statt ewiger Frieden? : die Verhandlungen über die  
Verlängerung des Strاسبurger Waffenstillstandes zwischen dem Deutschen  
Orden und Polen-Litauen (1414–1422)**

*Studia historica Brunensia*. 2019, vol. 66, iss. 1, pp. 121-139

ISSN 1803-7429 (print); ISSN 2336-4513 (online)

Stable URL (DOI): <https://doi.org/10.5817/SHB2019-1-5>

Stable URL (handle): <https://hdl.handle.net/11222.digilib/142303>

Access Date: 30. 11. 2024

Version: 20220831

Terms of use: Digital Library of the Faculty of Arts, Masaryk University provides access to digitized documents strictly for personal use, unless otherwise specified.

# Waffenstillstand statt ewiger Frieden? Die Verhandlungen über die Verlängerung des Strasburger Waffenstillstandes zwischen dem Deutschen Orden und Polen-Litauen (1414–1422)

## Truce instead of Eternal Peace? The Negotiations about the Extension of the Strasburg Truce between the Teutonic Knights and Poland-Lithuania (1414–1422)

Přemysl Bar / [bar@phil.muni.cz](mailto:bar@phil.muni.cz)

Ústav pomocných věd historických a archivnictví, Filozofická fakulta, Masarykova univerzita, Brno, CZ

### Abstract

The author analyzes the diplomatic sources related to the negotiations between the Teutonic Knights and the Polish-Lithuanian Union after the truce in October 1414. As the compromise was not agreed within the set two-year period, the truce had to be extended, which was eventually done several times until 1421.

Negotiations for the extension of the truce were quite tough. The King of Poland used the threat of non-renewal of the truce to put pressure on the Grand Master who was afraid of re-summing war against a powerful adversary. Uncertainty surrounding the extension of the truce forced the Grand Master to hire mercenaries every year in the Empire. He also objected to the July deadline (St. Margaret) for the truce set each year, because this month was the most convenient time to begin a war campaign. Nevertheless the Grand Master refused to hand his three villages of Kujawy, which had formed an enclave on Polish territory, over to the King of Poland.

Negotiations sometimes took place in several places simultaneously which caused some communication difficulties. The content of the charters extending the truce was drawn a comparison.

### Keywords

Truce; Diplomacy; Charters; the Teutonic Knights; Poland-Lithuania; Sigismund of Luxembourg

---

Die vorliegende Studie wurde vom Operational Programme Research, Development and Education – Project „Postdoc@MUNI“ (No. CZ.02.2.69/0.0/0.0/16\_027/0008360) unterstützt.

Friedens- und Waffenstillstandsverträge gehören zu jenen Phänomenen, die bei der Erforschung des spätmittelalterlichen Krieges typischerweise untersucht werden. Die Unterscheidung zwischen ewigem Frieden und befristetem Waffenstillstand wird manchmal dadurch relativiert, dass ein Vertrag über einen ewigen Frieden zwar kein festgesetztes Enddatum enthält, er aber trotzdem eine Kriegserklärung nicht verhindern kann. Dies stimmt bis zu einem gewissen Grad, eine Kriegserklärung ist aber dennoch schwieriger, wenn die Gegner einen aufrechten ewigen Frieden miteinander haben. Bei einem befristeten Waffenstillstand genügt es, den Fristablauf abzuwarten und dann einfach die Kriegshandlungen aufzunehmen. Aber die Befristung von Waffenstillständen im Gegensatz zu unbefristeten Friedensverträgen ist nicht der einzige Unterschied. Sehr wichtig ist auch, zu welchem Zweck ein Waffenstillstand bzw. ein Frieden verabredet wird. Ein Waffenstillstand bedeutete in der Praxis nicht nur das Ende der Kriegshandlungen auf bestimmte Dauer, sondern er gewährte beiden Streitparteien auch die Möglichkeit, die Bedingungen eines künftigen Friedensvertrages zu verabreden. Man kann daher sagen, dass ein Waffenstillstand eine unverzichtbare Vorbedingung für Verhandlungen über einen ewigen Frieden darstellt.<sup>1</sup>

Dies gilt zumindest für jenen Waffenstillstand, der im Oktober 1414 nach einem unentschiedenen Krieg zwischen dem Deutschen Orden und Polen-Litauen abgeschlossen wurde. Dieser Waffenstillstand wird als Strasburger Waffenstillstand bezeichnet, weil er während der Belagerung der Stadt Strasburg (heute pol. Brodnica) in Preußen verabredet wurde. Die beiden Streitparteien wurden durch diplomatischen Druck seitens des Papstes und des römischen Königs zu dieser Abmachung gezwungen. Sie verpflichteten sich, bevollmächtigte Gesandtschaften zum Konstanzer Konzil abzuordnen, sich dort auf einen Schiedsrichter zu einigen und innerhalb von zwei Jahren einen Friedensvertrag abzuschließen (*compositio amicabile*). Diese Pläne scheiterten allerdings nicht zuletzt an der kompromisslosen Haltung beider Parteien und die zweijährige Frist lief am 8. September 1416 ab, ohne dass ein Fortschritt in den Verhandlungen erzielt worden war. Der Waffenstillstand wurde im Anschluss sechsmal jeweils um ein Jahr verlängert (siehe Tabelle):

Waffenstillstandsvertrag (und dessen Verlängerung)	Befristung des Waffenstillstandes
Oktober 1414	vom 7. Oktober 1414 bis zum 8. September 1416
April - Mai 1416	vom 8. September 1416 bis zum 13. Juli 1417
Mai 1417	vom 13. Juli 1417 bis zum 13. Juli 1418
April - Mai 1418	vom 13. Juli 1418 bis zum 13. Juli 1419

1 Zu den Waffenstillstands- und Friedensverträgen zwischen Polen-Litauen und dem Deutschen Orden siehe das grundlegende Werk von Neitmann, Klaus: *Die Staatsverträge des Deutschen Ordens in Preußen 1230-1449*. Studien zur Diplomatie eines spätmittelalterlichen deutschen Territorialstaates. Köln - Wien 1986, aber auch übersichtlich Nowak, Zenon Hubert: *Waffenstillstände und Friedensverträge zwischen Polen und dem Deutschen Orden*. In: Träger und Instrumentarien des Friedens im hohen und späten Mittelalter. Hg. von J. Fried. Sigmaringen 1996, S. 391-403; Neitmann, Klaus: *Vom „ewigen Frieden“*. Die Kunst des Friedensschlusses zwischen dem Deutschen Orden und Polen-Litauen 1398-1435. In: Tannenbergrunwald - Žalgiris 1410. Krieg und Frieden im späten Mittelalter. Hg. von W. Paravicini, R. Petrauskas und G. Vercamer. Wiesbaden 2012, S. 201-209.

Waffenstillstandsvertrag (und dessen Verlängerung)	Befristung des Waffenstillstandes
Juli 1419	vom 13. Juli 1419 bis zum 13. Juli 1420
(Sommer 1420)	(bis zum 29. September 1420) <sup>2</sup>
September 1420	vom 29. September 1420 bis zum 13. Juli 1421
Juni – Juli 1421	vom 13. Juli 1421 bis zum 13. Juli 1422

Aus dieser Übersicht könnte man schließen, dass die Verlängerung des Waffenstillstandes jeweils eine bloße Formalität darstellte. Dem war jedoch durchaus nicht so. Jede einzelne Verlängerung erforderte nämlich intensive Verhandlungen, an denen nicht nur die beiden Streitparteien beteiligt waren.

In der vorliegenden Studie möchte ich einerseits die Praxis der Verlängerung dieses Strasburger Waffenstillstandes kurz sowohl unter dem Blickwinkel der Diplomatie als auch der Diplomatie behandeln, und andererseits die Herausforderungen, vor die sich sämtliche Beteiligten dabei gestellt sahen.

Der König von Polen, Władysław Jagiełło, und der Großfürst von Litauen, Witold, bzw. der Hochmeister Michael Kuchmeister ließen ihre jeweiligen Urkunden über den Strasburger Waffenstillstand am 7. bzw. 8. Oktober 1414 ausstellen.<sup>3</sup> Diese Urkunden enthielten außer der Verpflichtung, eine Gesandtschaft nach Konstanz zu schicken, keine weiteren Bestimmungen. Diese Bestimmungen wurden erst nachträglich ausverhandelt und am 19. November verabredet. Sie betrafen zum Beispiel den Austausch von Gefangenen, die Restitution einiger Besitzungen und beschlagnahmter Liegenschaften sowie die Gewährleistung des freien Handelsverkehrs.<sup>4</sup>

Im Bezug auf die späteren Verhandlungen ist dabei vor allem eine Bestimmung zu beachten, deren genaue Bedeutung bedauerlicherweise nicht ganz klar ist. Die Klausel

2 Zu den Umständen dieser kurzen Verlängerung siehe im Folgenden unten.

3 Die Waffenstillstandsurkunde König Władysław Jagiełłos und Großfürst Witolds vom 7. Oktober 1417 siehe in *Die Staatsverträge des Deutschen Ordens in Preußen im 15. Jahrhundert* (= SDOP). Erster Band (1398–1437). Hg. von E. Weise. Marburg 1970<sup>2</sup>, S. 107–109, Nr. 105. Die entsprechende Urkunde des Hochmeisters Michael Kuchmeister vom 8. Oktober 1417 siehe in *Russisch-Livländische Urkunden* (= RLU). Hg. von K. E. Napiersky. St. Petersburg 1868, S. 154–155, Nr. 187; *Regesten zu den Briefregistern des Deutschen Ordens II: die Ordensfolianten 8, 9 und Zusatzmaterial*. Mit einem Anhang: Die Abschriften aus den Briefregistern des Folianten APG 300, R/LI, 74 (= RBDO II). Hg. und bearb. von S. Kubon, J. Sarnowsky und A. Souhr-Könighaus. Göttingen 2014, S. 119–120, Nr. 77 (dort weitere Editionen); über die diesen Waffenstillstand betreffenden Verhandlungen auf dem Konstanzer Konzil siehe Bar, Přemysl: *Diplomacie, právo a propaganda v pozdním středověku*. Polsko-litevská unie a Řád německých rytířů na kostnickém koncilu (1414–1418) [Diplomatie, Recht und Propaganda im Spätmittelalter. Polen-Litauen und der Deutsche Orden auf Konzil von Konstanz (1414–1418)]. Brno 2017, S. 146–156.

4 Niwiński, Mieczysław: *Umowa dodatkowa do rozejmu polsko-krzyżackiego z roku 1414* [Zusatzvereinbarung zu dem polnisch-preußischen Waffenstillstand von 1414]. *Zapiski Towarzystwa Naukowego w Toruniu* 10, 1935, S. 165–171; SDOP I, S. 110–112, Nr. 108; weiter zu diesen Verhandlungen siehe Szweda, Adam: *Organizacja i technika dyplomacji polskiej w stosunkach z zakonem krzyżackim w Prusach w latach 1386–1454* [Organisation und Verfahren der polnischen Diplomatie in den Beziehungen zum Deutschen Orden in Preußen in den Jahren 1386–1454]. Toruń 2009, S. 383–384.

betrifft den Besitz von drei Dörfern (Morin<sup>5</sup>, Orlau<sup>6</sup>, Neuendorf<sup>7</sup>) in Kujawien, die seit langem eine Besitzenklave des Deutschen Ordens auf polnischem Boden darstellten: „Der Hochmeister soll den König von Polen um den ungehinderten Besitz dieser Dörfer bitten. Ohne Rücksicht auf dessen Antwort soll die rechtliche Zugehörigkeit der Dörfer zum Orden jedoch unverändert bleiben.“<sup>8</sup> Vielleicht kann man diese Klausel so interpretieren, dass der ungehinderte Besitz dieser Dörfer während des Waffenstillstandes von der Einwilligung des Königs von Polen abhängig sein sollte. Zumindest wurde sie von der polnischen Seite so ausgelegt, wie eine Klage vor Sigismund von 1419 zeigt, der Orden habe die genannten Dörfer ohne Einwilligung des Königs von Polen vier Monate nach Abschluss des Strasburger Waffenstillstandes in Besitz genommen.<sup>9</sup>

Die Umstände der ersten Verlängerung des Strasburger Waffenstillstandes im April und Mai 1416 scheinen sehr merkwürdig gewesen zu sein. Verhandelt wurde nämlich parallel an zwei Orten, einerseits in Frankreich, wo sich Gesandte des Ordens sowie des Königs von Polen als Gefolgsleute König Sigismunds aufhielten, und andererseits in Polen, wo Unterhändler des Hochmeisters und des polnischen Königs zusammentrafen. Bemerkenswerterweise wussten die beiden Gruppen offenbar anfangs nichts von den von der jeweils anderen Gruppe geführten Verhandlungen.

Auf Sigismunds Verlangen reisten der elsässische Komtur Marquard von Königsegg, der Thorner Komtur Johann von Selbach und der Kanoniker Kaspar Schuwenpflug für den Orden, sowie der Gnesener Erzbischof Mikołaj Trąba und der Ritter Janusz von Tuliszków für die polnische Seite Anfang März 1416 von Konstanz nach Paris, wo sich der Hof des römischen Königs damals aufhielt.<sup>10</sup> Der polnische Ritter Zawisza Czarny von Garbów, der ebenfalls an den Pariser Gesprächen teilnahm, befand sich seit dem Beginn der Reise Sigismunds durch Westeuropa in dessen Gefolge. Der Hochmeister wurde durch den Komtur von Thorn, Johann von Selbach, von den Verhandlungen vor König Sigismund unterrichtet.<sup>11</sup>

5 Pol. Murzynno.

6 Pol. Orłowo.

7 Pol. Nowa Wieś.

8 Niwiński, M.: *Umowa dodatkowa*, S. 170: *Item de villis Murzenow, Orlaw et Novawesz taliter est conclusum, quod serenitas domini regis super hiis invocari debet humiliter et peti, quatenus huiusmodi villas apud ordinem libere et quiete remanere permittat. Quod si majestati sue facere non placeret, quod tamen minime speratur, per hoc pars ordinis non recedit a iuribus et proprietatibus villarum predictarum.*

9 Dies geht aus der sog. *Informatio* hervor, die die Polen im September 1419 im Rahmen des Schiedsverfahrens in Neu Sandez (polnisch Nowy Sącz) vor König Sigismund brachten, siehe Nowak, Zenon Hubert: *Międzynarodowe procesy polubowne jako narzędzie polityki Zygmunta Luksemburskiego w północnej i środkowowschodniej Europie (1412–1424)* [Internationale Schiedsprozesse als Werkzeug der Politik Sigismunds von Luxemburg in Nord- und Ostmitteleuropa (1412–1424)]. Toruń 1981, S. 90.

10 *Die Berichte der Generalprokuratoren des Deutschen Ordens an der Kurie* (= BGDO). Zweiter Band. Peter von Wormditt (1403–1419). Bearb. von H. Koepfen. Göttingen 1960, S. 311–312, Nr. 151; vgl. BGDO II, S. 309–310, Nr. 150.

11 Dessen Bericht vom 16. April 1416 siehe in *Codex epistolaris Vitoldi magni ducis Lithuaniae 1376–1430* (= CEV). Ed. A. Prochaska. Monumenta medii aevi historica res gestas Poloniae illustrantia VI. Cracovia 1882, S. 339–341, Nr. 665; BGDO II, S. 320–322, Nr. 156.

König Sigismund, so Selbach, bemühte sich um eine Verlängerung des Strasburger Waffenstillstandes. Die Polen stellten jedoch zwei Forderungen, von welchen sie ihr Einverständnis zu einer Verlängerung abhängig machten. Erstens verlangten sie die Abtretung der drei bereits erwähnten kujawischen Dörfer (Morin, Orlau, Neuendorf) an den König von Polen und zweitens eine Befristung des Waffenstillstandes auf den Tag der heiligen Margarethe, d. h. den 13. Juli 1417. Die Ordensdelegation lehnte die erste Forderung ab, da sie keine Vollmacht zur Abtretung von Gebieten besaß; mit der zweiten erklärte sie sich jedoch einverstanden, obwohl sie für den Orden sehr ungünstig war.<sup>12</sup> Gleichzeitig bat sie den König, sich dafür einzusetzen, dass der Waffenstillstand von Weihnachten an oder wenigstens vom Michaelstag an (d. h. vom 29. September) auf ein weiteres Jahr verlängert würde. Die Differenzen um den Besitz der Dörfer wollte Sigismund dadurch überwinden, dass er diese selbst vom Hochmeister übernahm und dem polnischen König überantwortete. Überdies versicherte er der Ordensdelegation, gegenüber dem Hochmeister ihr Verhalten in der Angelegenheit der kujawischen Dörfer zu verteidigen. Auf dieser Basis sei dann der Waffenstillstand verlängert worden, hinsichtlich der Befristung allerdings leider gemäß der polnischen Wünsche (also bis 13. Juli). Die Ordensdelegation wollte nun eine Bestätigung der Verlängerung durch den Hochmeister und den König von Polen einholen. Das lehnte aber Sigismund ab, da er dies als Zeichen des Misstrauens ihm gegenüber wertete. Gegen eine Bestätigung durch das Konzil hatte er hingegen nichts einzuwenden.

Dem Bericht an den Hochmeister wurden ein Brief und eine Urkunde König Sigismunds beigegeben. In dem am 8. April 1416 in Paris ausgefertigten Brief erläutert er dem Hochmeister, dass die kujawischen Dörfer dem König von Polen überantwortet werden sollten, um den Frieden zu wahren. Der Hochmeister sollte sie jedoch nicht direkt an Polen übergeben, sondern zuerst an Sigismund, der sie dann an König Władysław Jagiełło weiterreichen werde. Während des Waffenstillstandes durfte letzterer die Dörfer weder befestigen, noch die dortigen Eigentumsrechte des Hochmeisters verletzen.<sup>13</sup> Bei der zweiten Urkunde (6. April 1416, Paris) handelt es sich um die eigentliche

12 Im Folgenden unten wird ausführlicher auf die Frage eingegangen, warum die Deutschordensgesandten einem Auslaufen des Waffenstillstandes im Sommer ablehnend gegenüberstanden.

13 Der Brief ist in zwei Abschriften überliefert, siehe Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (= GStA-PK) in Berlin, XX. Hauptabteilung (= HA), Ordensbriefarchiv (= OBA), Nr. 2320 und Deutschenordens-Zentralarchiv in Wien, Hds. 142, pag. 137–139: [...] *die egenanten dorffere czu unsern handen czumemen und die dem [...] kunig usz unsern handen inczugeben doch in solich masse, daß er die von uns und nicht von euch inneme und die ouch in dem fryde nicht bevestenen solle und das ouch dan im noch euch noch ewer itzlichen teyle an synen rechten vordrungen ansprachen den friden czwischen euch gemacht noch an keinen andern dingen keinen schaden fugen odder brengen soll*; vgl. *Regesta Imperii XI*. Die Urkunden Kaiser Sigmunds (1410–1437) (= RI XI). Hg. von W. Altmann. Innsbruck 1896–1897, Nr. 1953. Johann von Selbach berichtet, dass auch er eine Kopie dieses Briefes erhalten hatte, CEV, S. 340, Nr. 665: *Doruff boten wir [die Ordensgesandten] en, was her [Sigismund von Luxemburg] doran thun welde, das her uns des keen ewirn gnaden und den gebittigern mit sinem briffe entschuldigen welde, wen wir io ein sulchen unmechtig weren, und dach getruwethen, das sine gnade sich ewir ein semelichin wol mechtigen mochte; und also hat er sich der dorffer undirwunden und meinet di dem konige von Polan inczugebin, also ir das vornemen werdet us seinem brife undir sime anged[ruc]ten ingesegel den ich euch be dessem bote sende, des glichen wir einen andirn briff undir sinem angehangen ingesegel bi uns behalden haben, domete di worheit czu bewisen, an en di Polan mit solcher ingebunge der dorffer von fredebroches wein keinen gelimff czu czien welden.*

Verlängerungsurkunde, die König Sigismund aus eigenem Antrieb und mit Unterstützung des Königs von Frankreich, Karls VI. (*ex nostra intervencione et induccione studiosa et eciam carissimi fratris nostri serenissimi principis Karoli regis Francorum*), zugunsten der anwesenden Gesandten des Königs von Polen sowie des Großfürsten auf der einen, und des Hochmeisters auf der anderen Seite erlassen hatte.<sup>14</sup>

In der Zwischenzeit wurde andernorts für den 18. Mai eine Tagfahrt nach Gnebkau verabredet,<sup>15</sup> auf der die Schwierigkeiten an der preußisch-polnischen Grenze besprochen werden sollten, da der Hochmeister bzw. der König von Polen offenkundig nicht wussten, was in der Zwischenzeit in Paris vereinbart worden war. Im April kamen zwar zwei Gesandte des römischen Königs – der Erzbischof von Riga, Johann von Wallenrode, und Markgraf Friedrich [I.] von Brandenburg – zum Hochmeister, diese überbrachten allerdings lediglich ultimative Forderungen Sigismunds, ohne die Pariser Verhandlungen über eine Verlängerung des Waffenstillstandes zu erwähnen. Sigismunds Gesandte trafen am 6. April auf der Marienburg ein, also exakt am selben Tag, als in Paris die Verlängerungsurkunde ausgestellt wurde, weshalb sie darüber nicht informiert sein konnten.<sup>16</sup>

Erst während der Gnebkauer Verhandlungen erlangte der Hochmeister Kenntnis von der Pariser Verlängerung, einschließlich der oben erwähnten Schreiben König Sigismunds. Diese Tatsache fand ihren Niederschlag in einer Urkunde vom 25. Mai 1416 (Jung Leslau),<sup>17</sup> in welcher die Unterhändler des Ordens der polnisch-litauischer Delegation versprachen, vom Hochmeister eine Vertragsurkunde ausfertigen zu lassen, um sie am 13. Juli (dem Beginn des neuen befristeten Waffenstillstandes) dem polnischen König in Zlotterie zu übergeben.<sup>18</sup>

14 Das einzige bekannte Original befindet sich im Muzeum Narodowe in Kraków, Biblioteka Książąt Czartoryskich, Zbiór Dokumentów Pergaminowych, Nr. 316; eine zeitgenössische Abschrift in GStA-PK, XX. HA, OBA, Nr. 2317/2318; vgl. RI XI, Nr. 1951. Beachtenswert ist, dass nur die für den König von Polen bestimmte Ausfertigung im Original erhalten ist, obwohl wir durch Johann von Selbach wissen, dass auch der Hochmeister ein Original der Urkunde Sigismunds erhielt (siehe Anm. 13). Darüber, wann und unter welchen Umständen dieses Original, zusammen mit anderen Sigismundurkunden, in die Sammlung Czartoryskis gelangte, ist nichts Konkretes zu ermitteln. Vermutlich wurden die Urkunden 1818 zusammen mit der Sammlung Tadeusz Czackis (1765–1813), der das königliche Archiv geordnet hatte, erworben, vgl. Buczek, Karol: *Z przeszłości biblioteki muzeum XX. Czartoryskich. W sześćdziesiąt rocznicę przeniesienia jej zbiorów do Krakowa* [Aus der Vergangenheit der Museumsbibliothek XX. Czartoryskich. Zum sechzigsten Jahrestag der Sammlungsüberführung nach Krakau]. *Przegląd Biblioteczny* 10, 1936, S. 181–199, hier S. 187.

15 Zu den Verhandlungen in Gnebkau (pol. Gniewkowo), die zur Verlängerung des Waffenstillstandes führten, siehe Neitmann, K.: *Die Staatsverträge*, S. 166–169, dessen Darstellung nicht nur auf dem erhaltenen diplomatischen Material, sondern auch auf einem Brief des Hochmeisters an Großfürst Witold vom 1. Juni 1416 beruht, siehe CEV, S. 347–349, Nr. 674; vgl. Szweđa, A.: *Organizacja*, S. 384–385.

16 RBDO II, S. 177–178, Nr. 197.

17 Pol. Inowrocław. Das Original der Urkunde der Unterhändler des Ordens siehe GStA-PK, XX. HA, Schieblade 65, Nr. 7 (vgl. SDOP I, S. 115–116, Nr. 115).

18 Die endgültige Vertragsurkunde ist nur in der Ausfertigung Władysław Jagiello und Witolds erhalten, siehe GStA-PK, XX. HA, Schieblade 65, Nr. 8 (vgl. SDOP I, S. 115–116, Nr. 115). Das Ausstellungsdatum 25. Mai in Jung Leslau ist eigentlich rückdatiert, da es sich bloß auf das *actum* bezieht. Die tatsächliche Übergabe fand am 13. Juli in Zlotterie (pol. Złotoria in der Woiwodschaft Kujawien-Pommern) statt, siehe Neitmann, K.: *Die Staatsverträge*, S. 168–169.

Der Umgang der Unterhändler in dieser Urkunde mit der Pariser Vertragsurkunde ist merkwürdig und wirkt, als wollten sie sich von der Entscheidung des römischen Königs distanzieren. Die Aussteller halten darin fest, dass in Jung Leslau auch ohne die Initiative Sigismunds eine Verlängerung des Waffenstillstandes verabredet worden wäre. Gleichzeitig versprechen die Unterhändler allerdings, die Bestimmungen der Pariser Urkunde zu übernehmen und diese nicht aufzuheben.<sup>19</sup>

Beachtenswert ist, dass keine der beiden Urkunden die Abtretung der drei kujawischen Dörfer als Bedingung für die Verlängerung des Waffenstillstandes erwähnt. Sigismund informierte den Hochmeister darüber in dem oben erwähnten, separaten Brief vom 8. April 1416. Als aber der Gesandte Markgraf Friedrichs I. von Brandenburg auf der Marienburg eintraf und die Vollmacht Sigismunds für den Markgrafen vorlegte, die drei Dörfer im Namen Sigismunds in Empfang zu nehmen,<sup>20</sup> lehnte der Hochmeister diese Forderung ab. Er argumentierte, dass die Vollmacht für den Markgrafen nicht mit der von Sigismund in derselben Angelegenheit aus Paris an den Hochmeister gesandten Urkunde übereinstimmte. Vergleicht man allerdings den Inhalt des Briefs vom 8. April mit der Vollmacht für Friedrich I. bleibt unklar, woran genau sich Michael Kuchmeister stieß.<sup>21</sup>

Das traf auch auf die Gesandtschaft des Ordens in Konstanz zu, die Kopien beider Schreiben Sigismunds an den Hochmeister, vor allem aber des Briefes vom 8. April, in welchem die drei kujawischen Dörfer erwähnt werden, mit sich führte.<sup>22</sup> Der Ordensprokurator und die anderen Gesandten hielten die beharrliche Ablehnung des Hochmeisters in dieser Sache für schädlich für das Prestige des Ordens. Sie verwiesen darauf, dass der römische König seinen Brief unter aufgedrücktem königlichen Siegel ausgestellt hatte, und dass ohne Übergabe der Dörfer möglicherweise keine Verlängerung des Waffenstillstandes zustande kommen würde.<sup>23</sup> Der Hochmeister blieb jedoch in dieser Sache unbeugsam und weigerte sich, die Dörfer an Polen zu übergeben. Merkwürdigerweise kam es schließlich doch zur Verlängerung des Waffenstillstandes, obwohl die besagte Übergabe nicht zustande kam.

Von der zweiten Verlängerung des Waffenstillstandes erfahren wir lediglich aus einer Urkunde König Sigismunds vom 14. Mai 1417 (Konstanz), in welcher der Strasburger Waffenstillstand vom 8. Oktober 1414 und dessen Pariser Verlängerung vom 6. April 1416 inseriert sind. Der römische König gibt an, die Konstanzer Gesandtschaften des Hochmeisters und des Königs von Polen hätten ihn gebeten, den Waffenstillstand

19 GStA-PK, XX. HA, Schieblade 65, Nr. 7: [...] *nichilominus sive fuerit per dictos dominos Romanorum et Francie reges treugarum huiusmodi prorogacio facta sive non, [...] non intendentes per hanc nostram et ordinis nostri treugarum novam ordinacionem et earundem prorogacionem predictorum dominorum Sigismundi [...] et Karoli [...] disposicioni ordinacioni et treugarum prorogacioni in aliquo derogare [...]*.

20 Die Vollmacht für Friedrich I. wurde am 28. April 1416 ausgestellt und ist als Vidimus in der Urkunde von 6. Juli 1416 in GStA-PK, XX. HA, Schieblade 66, Nr. 21 erhalten. Eine zeitgenössische Abschrift befindet sich in ibidem, OBA, Nr. 2325 (mit Tagesdatum 20. April), vgl. RI XI, Nr. 1955.

21 Für den Brief des Hochmeisters an Markgraf Friedrich vom 7. Juli 1416 siehe RBDO II, S. 193–194, Nr. 227.

22 BGDO II, S. 330, Nr. 160.

23 Der Brief des Ordensprokurators vom 19. August 1416 in BGDO II, S. 353–354, Nr. 172.



neuerlich um ein Jahr zu verlängern.<sup>24</sup> Im Juli desselben Jahres stimmten der Orden und Polen dieser Verlängerung auf einem gemeinsamen Tag zu (der Ort des Tages ist unbekannt).<sup>25</sup> Die Verlängerung war dringend nötig, da die Polen bereits zum Krieg rüsteten.

Das legt zumindest ein Brief Kaspar Schuwenpflugs nahe, in welchem er den Hochmeister unter Berufung auf anonyme vertrauliche Informationen (eines Mitglieds der polnischen Gesandtschaft?) warnte, dass die Ordensführung mit der Wiedereröffnung des Krieges rechnen müsse.<sup>26</sup> Der Informant hatte angeblich einen Brief des polnischen Königs an den Gnesener Erzbischof über einen geplanten Angriff auf das Ordensgebiet abgefangen. Darüberhinaus kauften die Polen angeblich in der näheren Umgebung von Konstanz und in Nürnberg in großem Stil Waffen und Ausrüstung. Nach Schuwenpflugs Meinung sollte der Hochmeister vorsichtshalber einige namentlich genannte Grenzburgen mit Mannschaften besetzen. Dass die Bedrohung real war, bestätigt auch der Chronist Posilge, laut welchem die Polen dem Waffenstillstand nur zugestimmt hätten, weil die in Konstanz anwesenden Reichsfürsten öffentlich erklärt hatten, den Ordensrittern militärische Hilfe leisten zu wollen.<sup>27</sup>

Die Situation wiederholte sich ein Jahr später, als der Ablauf des Waffenstillstandes am 13. Juli 1418 bevorstand. Der Orden nahm die Gefahr einer Kriegserklärung durch Polen nach Ablauf der Frist sehr ernst. Im Frühjahr wurde deshalb Heinrich Holt, Komtur von Elbing, zur Werbung von Söldnern nach Meißen geschickt. Kurz vor dem 12. April müssen jedoch die Verhandlungen über die Bedingungen der Waffenstillstandsverlängerung abgeschlossen worden sein. Damals rief der Ordensprokurator nämlich den Komtur von Elbing zurück, damit die Werbung von Söldner als nicht länger nötig eingestellt wurde.<sup>28</sup> Einige Tage später schickte der Ordensprokurator einen ähnlichen Bericht zur Marienburg mit dem Zusatz, dass der ermländische Bischof Abezier dem Hochmeister die Details der Waffenstillstandsbedingungen, namentlich hinsichtlich der drei kujawischen Dörfer, mitteilen werde.<sup>29</sup>

24 Das Original mit anhängendem Majestätssiegel siehe Muzeum Narodowe in Kraków, Biblioteka Książąt Czartoryskich, Zbiór Dokumentów Pergaminowych, Nr. 321; vgl. *Codex epistolaris saeculi decimi quinti* (= CE XV). Tomus II. Hg. von A. Lewicki. Kraków 1891, S. 84–86, Nr. 72; SDOP I, S. 120, Nr. 122. Im Ordensarchiv haben sich lediglich Abschriften erhalten, siehe GStA-PK, XX. HA, Ordensfoliant (= OF) 14, pag. 69–72 (= fol. 30r–31v) und die dt. Übersetzung ibidem auf pag. 471–475.

25 Szweda, A.: *Organizacja*, S. 386.

26 Der Brief aus der Zeit um den 21. März 1416 in BGDO II, S. 394–397, Nr. 202.

27 *Johann von Posilge, nebst Fortsetzung*. In: *Scriptores rerum Prussicarum III*. Hg. von E. Strehlke. Leipzig 1866, S. 369.

28 Brief des Ordensprokurators an Komtur Heinrich Holt, um 12. April 1418, BGDO II, S. 471, Nr. 247: [...] *wie das ir umb volkes willen syn gereten in Misnen, das czu bestellen ken Prussen czu ryten uff den czukumpftigen krieg etc.* [Der Prokurator Wormditt teilt dem Empfänger mit – PB], *das der herre bobst und der herre romische koning czawischen dem koning von Polan etc und dem orden den frede von sant Margreten tage bis ober ein jor habt vorlenget [...]*; vgl. ibidem, S. 472–473, Nr. 248.

29 Brief vom 15. April 1418, ibidem, S. 473–475, Nr. 249, dort S. 473–474: [...] *in welcher moße ir die dorfer Orlaw, Moryn, Newdorff in des romischen konings henden czu syner ermanunge vor sante Margareten tage nehest komende bei der bußen hunderttussent gulden ufgeben und setzen sullet, wirt uch der bissch[off] von Bru[n]sperge wol muntlichen underwisen.*

In der Zwischenzeit (nach dem 3. April 1418) unternahm der Hochmeister Michael Kuchmeister, der über die erwähnten Konstanzer Verhandlungen offensichtlich nicht informiert war, eine eigene Initiative und entsand den Komtur von Balga, Ulrich Zenger, der im Herbst 1417 aus Konstanz nach Preußen zurückgekehrt war, zu Papst Martin V. Zenger wurde nicht nur mit einer Instruktion für die Verhandlungen mit dem Papst ausgestattet, sondern auch mit Briefen für den römischen König, die Reichsfürsten und den Deutschmeister. Seine Mission endete jedoch am 21. April in Altenburg in Thüringen, als ihn die Briefe des Ordensprokurators aus Konstanz über die Verlängerung des Waffenstillstandes erreichten. Angesichts der veränderten Situation entschloss er sich, wieder nach Preußen zurückzukehren, ohne die Briefe in seinem Gepäck verschickt zu haben.<sup>30</sup>

In der Instruktion des Hochmeisters für Zenger wird Martin V. für das Wohlwollen gepriesen, das er dem Orden erwiesen hat, Kuchmeister bringt jedoch auch einige Klagen vor.<sup>31</sup> Die Verhandlungen über die Verlängerung hätten sich nämlich jedes Mal so lange hingezogen, dass der Orden angesichts der drohenden Kriegsgefahr unter erheblichem finanziellen Aufwand präventiv Söldner im Reich hatte anwerben müssen. Er habe daher versucht, den Waffenstillstand auf mehrere Jahre zu erstrecken, sei damit aber bei den Polen stets auf taube Ohren gestoßen. Der Hochmeister ging sogar so weit zu behaupten, *das deme orden yo besser were eyn steter kryg wenn sulcher beyfrede mit sulcher sorgfeldigkeit von jare czu jare czu tragen*.<sup>32</sup>

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Bestimmungen der Verlängerungsurkunde, die Papst Martin V. gemeinsam mit König Sigismund am 13. Mai ausstellte, entweder schon Ende April (!) in Marienburg bekannt waren, oder aber in den parallel laufenden Verhandlungen zumindest vorausgesetzt wurden.<sup>33</sup> Der Hochmeister und der König von Polen verhandelten nämlich zeitgleich unabhängig von den in Konstanz geführten Gesprächen. Am 26. April 1418 wurde in Brest in Kujawien eine Verlängerung des Waffenstillstandes verabredet, ohne aber nähere Bedingungen festzulegen. Die Unterhändler setzten offensichtlich voraus, dass es in Konstanz ebenfalls Verabredungen getroffen werden würden, und versprachen allgemein, die von Papst Martin V. und König Sigismund gegebenenfalls festgelegten Bestimmungen einzuhalten.<sup>34</sup>

30 Der Brief des Komturs von Balga an den Hochmeister vom 29. April 1418 in BGDO II, S. 480–481, Nr. 253.

31 Die Instruktion in GSTA-PK, XX. HA, OF 14, pag. 122 (= fol. 56v): *Dese nochgeschriebene gewerb hat geworben der kompthur czur Balge an deme heyligen [vater] dem papste im xiiii<sup>c</sup> und xviii<sup>c</sup> jare*.

32 Ibidem.

33 Möglicherweise sogar schon am 25. April, wie H. Koepfen vermutet, siehe BGDO II, S. 473, Nr. 249, Anm. 1.

34 Die Urkunde Wladyslaw Jagiello und Witolds siehe CE XV. Tomus I. Hg. von A. Sokolowski – J. Szujski. Kraków 1876, S. 43–44, Nr. 69, hier S. 44 (vgl. die Quellenvorlage in Muzeum Narodowe w Krakowie, Biblioteka Książąt Czartoryskich, Sign. 12 IV Rkps, Naruszewicz teka, T. 12. (1418-1422), fol. 37v; der Link: <http://cyfrowe.mnk.pl/dlibra/publication/3160/edition/3000>): *si quid vero hactenus et post modum post sanctissimum in Christo patrem et dominum, dominum Martinum papam quintum et serenissimum principem fratrem nostrum carissimum dominum Sigismundum Romanorum regem semper Augustum et Hungariae regem vel eorum alterum ambasiatoribus nostris expresse ad hoc consentientibus super huiusmodi treugis pacis et eorum tentione sit pactum, ordinatum aut gestum nolimus [volumus in der Edition; emendiert nach Quellenvorlage] in aliquo per huiusmodi contractum nostrum et treugarum pacis prorogationi, ordinationi ipsorum factae*

Diese Bestimmungen lauteten wie folgt:<sup>35</sup> der Hochmeister sollte unter einer Strafe von 100.000 Gulden die Dörfer Orlau, Morin und Neuendorf bis zum 13. Juli 1418 an den römischen König oder dessen Beauftragten übergeben.<sup>36</sup> König Sigismund sollte sie dann dem König von Polen überantworten, der diese aber nicht befestigen, und aus der Übergabe keine Eigentums- oder Hoheitsrechte ableiten durfte.<sup>37</sup>

Dass der Hochmeister die Bestimmungen trotz der immer noch ähnlich ungünstigen Bedingungen annahm, beweist die zweite Botschaft, die der Komtur von Balga, Ulrich Zenger, dem Papst im Sommer 1418 überbrachte.<sup>38</sup> Martin V. wird zwar für das Zustandekommen der Verlängerung des Waffenstillstandes gedankt, der Hochmeister weist dennoch darauf hin, dass Preußen durch die immer nur kurzfristigen Verlängerungen des Waffenstillstandes Schaden erleide, da man jedes Jahr auf einen polnischen Angriff gefasst sein müsse. Beim letzten Mal habe er seine Komture nach Bayern, Franken und in andere Regionen entsenden müssen, was etwa 20.000 Gulden gekostet habe. Der Orden versprach nichts desto trotz, die Vertragsbestimmungen Punkt für Punkt zu erfüllen. Der Papst müsse sich aber klar machen, welche Schwierigkeiten dem Orden ohne einen dauerhaften Frieden entstünden.<sup>39</sup> Der Hochmeister war sogar damit einverstanden, dem

*vel fiendae derogare, sed pro nunc prout ex tunc [...] omnibus ipsorum ordinationibus, dispositionibus, petitionibus volumus consentire atque stare.* Vgl. Neitmann, K.: *Die Staatsverträge*, S. 169–171 und Szweda, A.: *Organizacja*, S. 387–388, der auf einen Brief hinweist, dem zufolge schon vor dem 6. März 1418 in Thorn preußisch-polnische Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes geführt wurden.

35 *Liv-, Est- und Kurländisches Urkundenbuch* (= LivUB). Bd. V. 1414–1423. Hg. von Friedrich Georg von Bunge. Riga 1867, Sp. 365–366, Nr. 2235; RLU, S. 170–171, Nr. 208; SDOP I, S. 128, Nr. 130; BGDO II, S. 488–490, Nr. 257.

36 LivUB V, Sp. 366, Nr. 2235: [...] *volumus, quod magister et ordo praedicti villas Orlow, Mynzynow et Nova Loesz ad manus [...] Romani regis assignare debeant, hinc ad festum b. Margarithae proxime secuturum, sive nuntii ipsius Romanorum regis ad requisitionem et instantiam dicti Romanorum regis. Et ita fieri mandavimus, sub poena centum millium florenorum, applicandorum pro parte imperiali fisco, ac pro parte regi Poloniae ac Witoldo duci [...].*

37 *Ibidem: Prefatas tam villas volumus taliter assignari, quod ipse Romanus rex illas possit et debeat assignare [...] regi Poloniae, sic tamen, quod dictae villae non possint nec debeant quovismodo fortificari, nec quoad munitionem aliquam aliter, quam fuit, disponi; nec aliqua partium earundem ex traditione villarum huiusmodi possit sibi ius aliquod in proprietate seu dominio illarum praetendere seu quomodolibet vindicare, aut praerogativam aliquam seu ius quoad praemissa quomodolibet allegare, per quam vel quod possit quomodolibet se tueri.*

38 Die Instruktion für die Gesandtschaft in GStA-PK, XX. HA, OF 14, pag. 135 (= fol. 62r): *Infrascripta habet in commissis dominus commendator Balgensis ordinis beate Marie Theutonicorum ad referendum domino nostro pape pro parte domini magistri generalis.* Vgl. BGDO II, S. 525, Nr. 272, Anm. 13.

39 GStA-PK, XX. HA, OF 14, pag. 135 (= fol. 62r): [...] *ad pedes s[ancitatis] sue misit [...] dominum commendatorem [der Komtur von Balga, Ulrich Zenger – PB] cum aliis tunc presentibus:*

*Primo ad regraciandum humiliter s[ancitatis] sue de tantis beneficiis et graciis hactenus sibi et suo ordini et presertim in [...] presentis anni treugarum prorogacione multipliciter exhibitis et impensis.*

*Secundo ad significandum s[ancitatis] sue, quod licet huiusmodi presentis anni treugarum prorogacio adeo dilatata et tarde facta fuit, quod dominus magister et ordo pensantes terminum exspiracionis treugarum anni preteriti maturare dissolucionemque concilii imminere nec sibi provisum de quovis pacis aut ulterioris treugarum remedio, ne iterum sicut antea ipsos improvisos ad defensam obtui contingeret, eundem dominum commendatorem ad partes Bavarie et Franconie certosque alios preceptores ad alios certas partes Almanie ad providendum sibi de stipendiariis et gentibus armigeris non sine gravibus sumptibus et impensis, que revera summam florenum xx<sup>vi</sup> excedit Rinensium, destinavit. Nichilominus tamen ob reverenciam s[ancitatis] sue et regie maiestatis et signanter, ut ostenderet quanto zelo pacem querit, treugas huiusmodi grato suscepit animo, volens et promittens ipsas in singulis suis punctis et articulis iuxta contumenciam litterarum de super confectarum firmiter observare, quamvis supra modum ipsum gravat expensas perdere, quas pro gentibus armis conducendis exposuit, ut presertur.*

König von Polen die kujawischen Dörfer abzutreten, er beschwerte sich jedoch, dass in der päpstlichen Urkunde keine Frist angegeben war, wann der Orden diese Besitzungen zurückerhalten sollte.<sup>40</sup> Sollte kein ewiger Friede zustande kommen, wollte der Hochmeister eine wenigstens fünfjährige Verlängerung des Waffenstillstandes erreichen.<sup>41</sup>

Die lediglich einjährige Verlängerung und das zwangsweise für Söldner ausgegebene Geld stellten nicht die einzigen Nachteile für den Orden dar, die der Hochmeister vergeblich zu bekämpfen versuchte. Auch das Enddatum der Waffenstillstandsverlängerungen, das immer auf den Margarethentag (13. Juli) fiel, war ein solcher Nachteil. Der Hochmeister und der Orden versuchten dieses Datum zu verschieben, da bei diesem Termin ein potentieller Kriegsbeginn immer in die Erntezeit fiel. Den Polen bot sich damit die Möglichkeit, ein Heer über mehrere Wochen oder Monate hinweg zu ernähren. Mit dem Auslaufen des Waffenstillstandes zum 13. Juli hielten die Polen sich immer die Möglichkeit offen, zu einem militärisch günstigen Zeitpunkt in das Ordensland einzufallen, zumal sie ihre heidnischen Hilfstruppen nicht über den Winter unter Waffen halten konnten, wie die Ordensvertreter immer wieder betonten.<sup>42</sup>

Wie diese Gefahr in der Praxis aussah, zeigt das Jahr 1419. Die Umstände der Verlängerung des Waffenstillstandes stellten sich 1419 nämlich für den Orden als noch gefährlicher als früher dar. Der Grund dafür liegt unter anderem darin, dass der Hochmeister es in diesem Jahr beharrlich ablehnte, den römischen König als Schiedsrichter im Streit des Ordens mit Polen anzuerkennen, da Sigismund immer offensichtlicher die polnische Position begünstigte.<sup>43</sup>

Nachdem Verhandlungen in Gnebkau gescheitert waren,<sup>44</sup> spitzte sich die Situation im Mai stark zu, besonders als die beiden päpstlichen Legaten und Bischöfe Jakob von Spoleto und Ferdinand von Lugo die Rechtsansprüche des Ordens in vollem Umfang als legitim bestätigten. Der Verkündigung des Gutachtens in Thorn wohnte der Hochmeister

---

*Tercio ad informandum [sanctitatem] suam de nonnullis incomoditatibus et periculis, que ordini ex eo emergunt, quod sic de anno ad annum sub sola treugarum prorogacione differtur et protrahitur, quod ad perfectam pacem et concordiam, quam solam inquiri, nequit pervenire.*

40 BGDO II, S. 568, Nr. 294.

41 Ibidem, S. 584, Nr. 303. Zur zeitlichen Befristung, bzw. den hohen Aufwendungen für die Söldnerwerbung siehe Krumbholtz, Robert: *Die Finanzen des Deutschen Ordens unter dem Einfluss der Polnischen Politik des Hochmeisters Michael Kuchmeister (1414–1422)*. Deutsche Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 8, 1892, S. 226–272, Neitmann, K.: *Die Staatsverträge*, S. 360–365 und Ekdahl, Sven: *Der Krieg zwischen dem Deutschen Orden und Polen-Litauen im Jahre 1422*. Zeitschrift für Ostforschung. Länder und Völker im östlichen Mitteleuropa 13, 1964, S. 615–617.

42 Siehe den Bericht des Generalprokurators des Ordens, Johann Tiergart, vom 20. Oktober 1422 in BGDO III. Johann Tiergart (1419–1428). Erster Halbband (1419–1423). Bearb. von H. Koepfen. Göttingen 1966, S. 290–291, Nr. 127; vgl. BGDO II, S. 320–321, Nr. 156, Anm. 7.

43 Zum Jahr 1419 siehe aus der Perspektive der diplomatischen Verhandlungen Nowak, Z. H.: *Międzynarodowe procesy*, S. 81–96, bzw. der militärischen Vorbereitungen Biskup, Marian: *Wojny Polski z Zakonem Krzyżackim 1308–1521* [Die Kriege der Polen mit dem Deutschen Orden 1308–1521]. Oświęcim 2014, S. 131–134, dessen Schilderung sich vor allem auf die Chronik des Jan Długosz stützt, siehe *Joannis Długossii Annales seu Cronicae incliti regni Poloniae. Liber undecimus 1413–1430*. Ed. G. Wyrozumski. Varsaviae 2000, S. 99–102. Vgl. die Schilderung derselben Ereignisse aus der Perspektive des Ordens bei *Johann von Posilge*, S. 382–384.

44 Quellen und Literatur zu den Verhandlungen in Gnebkau bei Szweda, A.: *Organizacja*, S. 389–390.

Michael Kűchmeister persönlich bei. Aus dem schriftlichen Bericht (*littere testimoniales*) der Legaten őrber die ergebnislosen Verhandlungen in Gnebkau geht hervor, dass die Friedensgespräche an der Unnachgiebigkeit der polnisch-litauischen Abgesandten gescheitert waren.<sup>45</sup> Tatsächlich war der Orden bereit, neben Samaiten auch die drei umstrittenen kujawischen Dörfer (Morin, Orlau und Neuendorf) an Polen abzutreten und den Polen eine bestimmte Summe baren Geldes auszubezahlen.<sup>46</sup> Die Unterhändler des Königs von Polen lehnten jedoch die Bestätigung jener Privilegien, auf deren Basis der Orden seine Besitzrechte an den von Polen-Litauen beanspruchten Gebieten begründete, scharf ab.<sup>47</sup>

Nachdem der Hochmeister auf die Marienburg zurűckgekehrt war, erhielt er eine Aufforderung Sigismunds, sich in Thorn mit dessen Gesandtschaft zu treffen.<sup>48</sup> Diese Gesandten – Herzog Przemko von Troppau und Graf Ludwig von Ɖttingen<sup>49</sup> – őrberbrachten die Rechtsbitte König Wladyslaw Jagiello an den römischen König vom 8. Mai 1419, als Schiedsrichter zu agieren (sog. *compromissum*),<sup>50</sup> und die schriftliche Annahme dieser Bitte durch Sigismund vom 18. Mai 1419.<sup>51</sup> Sigismund verlangte vom Hochmeister, ihn als alleinigen Schiedsrichter anzuerkennen, so wie es der König von Polen getan hatte, und versprach, bis zum 29. September (*festum sancti Michaelis venturum proxime*) einen Schiedsspruch zu verkűnden. Michael Kűchmeister lehnte diese ultimative Aufforderung ab und schickte zwei Briefe an den Papst und den Ordensprokurator, in welchen er die Grűnde fűr seine Ablehnung erlăuterte und um păpstliche Unterstűtzung bat.<sup>52</sup>

45 Das Zeugnis der Legaten vom 12. Mai 1419 in GStA-PK, XX. HA, OBA, Nr. 2960/2961 (SDOP I, S. 133–135, Nr. 132). Siehe auűerdem auch den Brief Martins V. an den Hochmeister őrber die Gesandtschaft vom 20. Januar 1419 in GStA-PK, XX. HA, OF 14, pag. 163 (= fol. 76r) (ediert in Bellée, Hans: *Polen und die römische Kurie in den Jahren 1414–1424*. Berlin – Leipzig 1914, S. 102–103, Nr. 3); die păpstliche Vollmacht vom 6. Februar 1419 in GStA-PK, XX. HA, OF 14, pag. 175–178 (= fol. 82r–83v) (Bellée, H.: *Polen*, S. 103–106, Nr. 4) und die Briefe derselben Legaten an den Hochmeister vom 7. bzw. 18. April 1419 GStA-PK, XX. HA, OBA, Nr. 2943 bzw. Nr. 2949.

46 Die Forderungen beider Seite wăhrend der Verhandlungen in Gnebkau in GStA-PK, XX. HA, OF 14, pag. 184–187 (= fol. 86v–88r); őrber die kujawischen Dörfer siehe ibidem, pag. 187 (= fol. 88r). Vgl. *Codex diplomaticus Lithuaniae* (= CDL). Ed. E. Raczynski. Vratislaviae 1845, S. 236–239.

47 Es handelte sich um folgenden Satz aus dem Gutachten der Legaten (SDOP I, S. 135, Nr. 132): *Quibus et eorum sigillis diligenter per nos inspectis et intellectis satis apparuit fundatam iusticiam ordinis super omnibus terris illis*. Vgl. den Brief des Königs von Polen an Papst Martin V. von Ende Juni 1419, in welchem Wladyslaw Jagiello die păpstlichen Legaten der Befangenhait beschuldigt, CEV, S. 452–454, Nr. 843 und BGDO III, S. 47–50, Nr. 1.

48 Der Brief des römischen Königs vom 17. Mai 1419 in GStA-PK, XX. HA, OBA, Nr. 2966 (RI XI, Nr. 3867): [...] *begern wir [...], daz du dich von angesicht disz brieffs gen Toran in din stat und sloz fűgen mit dinen gebietgern [...]. Wann wir hoffen zu got wir wollen solche kriege zweytracht und stoesse noch hindern und die understeen nach allem unserm besten vermogen. Wann wir versteen solt der kriege fűr sich geen, daz das der gantzen kristenheit ein grosser slag were*.

49 Die Kredenzbriefe fűr die Gesandten siehe in GStA-PK, XX. HA, OBA, Nr. 2967 bzw. Nr. 2968 (RI XI, Nr. 3869 bzw. 3872).

50 CDL, S. 242–244; SDOP I, S. 137, Nr. 137.

51 GStA-PK, XX. HA, OF 14, pag. 191 (= fol. 90r); LivUB V, Sp. 476–477, Nr. 2319; SDOP I, S. 137–138, Nr. 138; RI XI, Nr. 3868.

52 Der Brief an den Papst in Bellée, H.: *Polen*, S. 106–107, Nr. 5, jener an den Ordensprokurator in BGDO II, S. 612–616, Nr. 319, beide vom 26. Juni 1419.

Am 13. Juni 1419 berichteten die Gesandten des römischen Königs aus Thorn über ihre gescheiterte Mission.<sup>53</sup>

Nachdem König Władysław Jagiello in Kaschau von diesem Misserfolg erfahren hatte und daraufhin nach Polen zurückgekehrt war, begann er sofort mit intensiven Kriegsvorbereitungen. Nachdem der Waffenstillstand am 13. Juli ausgelaufen war, überschritt das polnisch-litauische Heer den Fluss Weichsel an der traditionellen Stelle bei Czerwińsk.<sup>54</sup> König Sigismund wollte jedoch einen Krieg verhindern, weshalb er erneut einen Bevollmächtigten, dieses Mal den Mailänder Erzbischof Bartolomeo della Capra, nach Preußen schickte.<sup>55</sup> Der Erzbischof traf mit den päpstlichen Legaten in Thorn zusammen, wohin auch der Hochmeister eingeladen wurde.<sup>56</sup> Der Hochmeister kam jedoch nur bis Graudenz der Mitte zwischen Marienburg und Thorn, wo der Mailänder Erzbischof mit ihm zusammentraf. Gemäß seiner Instruktion sollte der königliche Gesandte dem Hochmeister mit schweren Strafen und der militärischen und politischen Isolation des Ordens drohen, falls Michael Kuchmeister weder der Rechtsbitte, noch dem Entwurf für einen Frieden zustimmen wollte.<sup>57</sup>

Das Ultimatum bewegte den Hochmeister dazu, am 19. Juli 1419 König Sigismund als Schiedsrichter zu akzeptieren.<sup>58</sup> Aufgrund der Rechtsbitte (*compromissum*) verkündeten die päpstlichen Legaten zusammen mit dem Mailänder Erzbischof die Verlängerung des Waffenstillstandes bis zum 13. Juli 1420 und ersuchten beide Seiten (den König von Polen und dessen Verbündete sowie den Hochmeister und dessen Verbündete), diese Verlängerung zu akzeptieren,<sup>59</sup> was Kuchmeister sofort an Ort und Stelle tat. In dem entsprechenden Notariatsinstrument klagte er über die großen Kosten und Schäden, die dem Orden und dessen Untertanen durch Söldnerwerbung und Landesverteidigung entstanden waren, weil unsicher war, ob der Waffenstillstand verlängert werde, oder nicht. Der Hochmeister sei nur deshalb willig, die Kriegsvorbereitungen einzustellen, weil der Orden ohne Rücksicht auf die entstehenden Kosten immer lieber Frieden wolle, als

53 GStA-PK, XX. HA, OBA, Nr. 2977, vgl. RI XI, Nr. 3882.

54 Pol. Czerwińsk nad Wisłą in der Woiwodschaft Masowien.

55 Die Vollmacht des römischen Königs für den Erzbischof vom 21. Juni 1419 in Haus-, Hof- und Staatsarchiv (= HHStA) in Wien, Reichsregister, Band G, fol. 47r (RI XI, Nr. 3887).

56 Die Einladung vom 11. Juli 1419 in GStA-PK, XX. HA, OBA, Nr. 2997.

57 HHStA in Wien, Reichsregister, Band G, fol. 47r: [...] *si prefati magister et fratres de Prussia compromittere sive modum pacis iuxta requisicionem predicti Bartholomei amplecti recusaverint aut ad eundem flecti non potuerint nostro et imperii sacri nomine contra ipsos prestandi ipsosque sub certis penis requirendi et ad pacem tenendam compellendi necnon omnes confederatos, iuratos et adherentes eisdem magistro et ordini a federibus iuramentis et adherencie debito absolvendi omnibus [...] supradictis ac universis nostris et imperii sacri subditis et fidelibus inhibendi et interdicendi, ne dictis magistro et ordini contra prefatos dominos regem et duces aut terras et dominia ipsorum adhereant aut quodcumque auxilium, consilium vel favorem prestare presument sub penis gravissimis per dictum Bartholomeum exprimentum [...].*

58 GStA-PK, XX. HA, OF 14, pag. 204–205 (= fol. 96v–97r); vgl. SDOP I, S. 139–140, Nr. 140.

59 Die Urkunde der päpstlichen Legaten in GStA-PK, XX. HA, OF 14, pag. 200–201 (= fol. 94v–95r); vgl. SDOP I, S. 135–136, Nr. 133. Die Urkunde des Erzbischofs von Mailand in GStA-PK, XX. HA, OF 14, pag. 202–203 (= fol. 95v–96r); vgl. SDOP I, S. 136, Nr. 134.

Krieg mit anderen Christen zu führen. Deshalb habe er sich entschlossen, die Verlängerung zu akzeptieren.<sup>60</sup>

Darum musste aber noch Wladyslaw Jagiello, der an der Grenze des Ordensstaates mit seinem Heer im Feld lag, ersucht werden. Mit dieser Aufgabe wurde Erzbischof Bartolomeo della Capra betraut, der dem Hochmeister das schriftliche Versprechen gab, den König von Polen von einer Verlängerung des Waffenstillstandes zu überzeugen. Andernfalls könne der Hochmeister sein Einverständnis zum Schiedsgericht König Sigismunds zurücknehmen.<sup>61</sup>

Sofort danach begab der Erzbischof sich auf die Reise zum König von Polen. Dieser war mit seinem Heer schon im Kriegslager bei Bądzyn, das lediglich 10 Kilometer von der Grenze des Ordensstaates entfernt lag. Dort (*in loco campestri exercituum nostrorum circa villam Bandzino*)<sup>62</sup> fertigten der König von Polen und der Großfürst von Litauen am 26. Juli 1419 eine Urkunde aus, mit der sie die Verlängerung des Waffenstillstandes bis zum 13. Juli 1420 ratifizierten. Erst nachdem der Hochmeister dies erfahren hatte, ließ er seine eigene Gegenurkunde ausstellen.<sup>63</sup> Die Gefahr eines Krieges wurde sprichwörtlich in letzter Minute durch die diplomatische Mission des Erzbischofs von Mailand gebannt.<sup>64</sup>

Während des Waffenstillstandes fiel Sigismund am 6. Januar 1420 den sogenannten Breslauer Schiedsspruch zugunsten des Ordens,<sup>65</sup> laut dem die Bestimmungen des Thorner Friedens (1411) bestätigt wurden. Diese Entscheidung änderte sich jedoch nichts am Status quo. Mit anderen Worten, der Breslauer Schiedsspruch stellte nicht automatisch einen ewigen Frieden her, wie König Sigismund vielleicht erhofft hatte. Vielmehr muss der Waffenstillstand noch zweimal um ein Jahr verlängert worden sein: im September

60 GStA-PK, XX. HA, OF 14, pag. 198–199 (= fol. 93v–94r): [...] *quamvis gravissimas expensas et labores sustinuerimus, subditisque nostris gravissima onera et disturbia inposuerimus ad congregandum exercitus nostros coadunatos pro tuendis et manutenendis iuribus terrarum et dominorum nostrorum et meritis nostris cum maxima terrarum nostrarum destructione ipsos tenuerimus et ipsi expensis sustentaverimus et quamvis eiam grave nobis apparere debeat de tanta et tam apparata impresia discedere sine aliqua perpetue pacis certitudine, tamen quod pacem cum christianis semper preelegimus habere quam bellum, a quo semper quantum potuimus manum cum eiam parati essemus maiora onera nobis possibilia subire propter pacem habendam [...].*

61 GStA-PK, XX. HA, OBA, Nr. 3001.

62 Erich Weise identifizierte den Ort falsch als Będzin in Oberschlesien (!), SDOP I, S. 137, Anm. 1; vgl. *Joannis Dlugossii Annales XI*, S. 100, Anm. 47.

63 Am 30. Juli 1419 in Schönsee (pol. Kowalewo Pomorskie), siehe GStA-PK, XX. HA, OF 14, pag. 207 (= fol. 98r); vgl. SDOP I, S. 137, Nr. 136.

64 Laut Jan Długosz, dessen Darstellung der Ereignisse jedoch nicht unvoreingenommen ist, wurde Wladyslaw Jagiello von Witold gezwungen, das durch della Capra überbrachte Abkommen anzunehmen, was Unwillen im polnischen Heer hervorgerufen habe. Der König von Polen soll dann die Verantwortung für sein Nachgeben (laut Długosz völlig zu Unrecht) dem Krakauer Bischof, der gleichzeitig das Kanzleramt innehatte, in die Schuhe geschoben haben, siehe *Joannis Dlugossii Annales XI*, S. 101; vgl. *Rozbiór krytyczny Annalium Poloniae Jana Długosza z lat 1385–1444* [Kritische Analyse der Annalium Poloniae des Jan Długosz aus den Jahren 1385–1444]. Tom I. Hg. von J. Dąbrowski. Wrocław – Warszawa – Kraków 1961, S. 180–181.

65 Dazu zuletzt Bar, Přemysl: *A Tortuous Path to Reconciliation and Justice*. Sigismund of Luxembourg as Arbiter in the Dispute between the Teutonic Knights and Poland (1412–1420). *Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung* 66/1, 2017, S. 3–40.

1420 und im Juni/Juli 1421, wobei beide Male Papst Martin V. eine wichtige Rolle spielte, da die Polen nach dem Breslauer Schiedsspruch an ihn appellierten.

Der Breslauer Schiedsspruch verursachte auch einen Bruch in der bisher einheitlichen Außenpolitik König Wladysławs Jagiełło und Großfürst Witolds. Während Jagiełło trotz der Appellation an den Papst bereit war, einige Bestimmungen des Breslauer Schiedsspruches zu erfüllen, nahm Witold eine kompromisslos ablehnende Haltung ein und argumentierte, dass er die Rechtsbitte Jagiełłos an den römischen König vom 8. Juli 1419 nicht gesiegelt habe, und sich entsprechend nicht an dessen Schiedsspruch gebunden fühle. Der Orden musste daher vor allem bemüht sein, sich mit dem Großfürsten ins Einvernehmen zu setzen. Am 8. September 1420 sollte in Veluona (pol. Wielona) ein Tag zwischen dem Orden und Witold stattfinden, weshalb das bis dahin übliche Enddatum des Waffenstillstandes ausnahmsweise vom 13. Juli auf den 29. September 1420 verschoben wurde,<sup>66</sup> wie der Hochmeister seinem sich an der römischen Kurie aufhaltenden Ordensprokurator schon am 5. Mai 1420 mitteilte.<sup>67</sup>

Die Verhandlungen in Veluona, denen der Gesandte des römischen Königs Konrad von Weinsberg und eine Gesandtschaft des Königs von Polen beiwohnten, brachten aber in keinem der Streitpunkte ein befriedigendes Ergebnis. Der Hochmeister beschuldigte die Polen beim Papst, Großfürst Witold überredet zu haben, die Vorschläge des Ordens abzulehnen.<sup>68</sup> Zumindest der Waffenstillstand wurde bis zum 13. Juli 1421 verlängert.<sup>69</sup> Der Termin ist umso erstaunlicher, wenn man die dem Papst durch den Ordensprokurator vorgetragene Klage berücksichtigt, dass eine Beibehaltung des Sommertermins mit Sicherheit Krieg bedeute.<sup>70</sup> Die päpstliche Urkunde vom 1. September 1420, mit welcher Martin V. versprach, während des Waffenstillstandes (namentlich bis Ostern) einen päpstlichen Schiedsspruch zu verkünden, bestätigt jedoch ausdrücklich den Julitermin.<sup>71</sup>

66 Die Hauptquelle für die Verhandlungen in Veluona stellen zwei undatierte Berichte der Unterhändler des Ordens (CEV, S. 494–496, Nr. 898) bzw. des Hochmeisters an den Papst dar (ibidem, S. 463–466, Nr. 860, dort allerdings mit falscher Datierung in den Februar 1420); weiter siehe Zajączkowski, Stanisław: *Studja nad procesami Polski i Litwy z Zakonem Krzyżackim w l. 1420–1423* [Untersuchungen über die Prozesse Polens und Litauens gegen den Deutschen Orden in den Jahren 1420–1423]. Ateneum Wileńskie 12, 1937, S. 351–353 und Nikodem, Jarosław: *Witold Wielki Książę Litewski (1354 lub 1355–27 października 1430)* [Großfürst Witold von Litauen (1354 oder 1355–27 Oktober 1430)]. Kraków 2013, S. 326–331, der die Behauptung der polnischen Historiographie, dass die beiden Vetter auch nach dem Breslauer Schiedsspruch in der Außenpolitik zusammenarbeiteten, überzeugend widerlegt.

67 BGDO III, S. 92–94, Nr. 25.

68 CEV, S. 465, Nr. 860: *Huic novissime convencioni interfuerunt oratores regni Polonie, qui quantum conpertum fuit, [...] dominum ducem [Großfürsten Witold] contra propositum nostrum animarunt; et patenti pollicitatione et nobis omnibus audientibus, assistenciam promiserunt, et sic sine optato fine recessimus nec quidquam equitatis ab eo impetrare connivimus (sic), preter indulgenciam quietis ad paucos menses, treuga solum ad festum beate Margarethe prorogata.*

69 Der Hochmeister bzw. der Großfürst ließen ihre entsprechenden Urkunden am 11. September 1420 in Veluona ausstellen, siehe CEV, S. 496–497, Nr. 899–900; SDOP I, S. 146, Nr. 146.

70 Siehe den undatierten Brief des Ordensprokurators an den Papst in BGDO III, S. 108–109, Nr. 37 (dem Editor zufolge vor dem 1. September 1420): *Et hoc esset destructio et confusio ordinis ex eo, quod estivo tempore solo possunt infideles invadere ordinem, ubi alio tempore posset ordo Polonos et infideles invadere. [...] Si ergo debet esse guerra, minus malum est, quod nunc fiat quam tempore estivo.*

71 *Lites ac res gestae inter Polonos Ordinemque Cruciferorum*. Tomi primi pars altera. Hg. von A. T. Działyński.



Beachtenswert ist, dass die Verlängerung dieses Mal lediglich zwischen dem Hochmeister und dem Großfürsten vereinbart wurde. Witold verpflichtete sich, den Waffenstillstand nur unter der Bedingung zu wahren, dass der Orden Polen nicht angriff; andernfalls sei er von seinem Versprechen befreit.<sup>72</sup> Man darf vielleicht annehmen, dass diese Klausel von den anwesenden polnischen Gesandten durchgesetzt wurde.

Auch ein Jahr später wurde die anstehende Verlängerung nur zwischen dem Hochmeister Michael Kűchmeister und Großfürst Witold von Litauen abgesprochen. Als Vermittler dieser Verlängerung wirkten Papst Martin V. und Markgraf Friedrich I. von Brandenburg.<sup>73</sup> Der Hochmeister bemerkte allerdings, dass der päpstliche und der markgräfliche Vorschlag unterschiedliche Befristungen des Waffenstillstandes enthielten. Der Markgraf schlug eine Befristung bis zum 8. Juli 1422 oder vierzehn Tage danach vor,<sup>74</sup> während der Papst den traditionellen Termin 13. Juli angibt.<sup>75</sup> Der Hochmeister stellte dem Großfürsten frei, eine der beiden Befristungen auszuwählen und ihm dann einen Entwurf für die Verlängerungsurkunde schicken.<sup>76</sup> Nach Erhalt dieser Urkunde stellte der Hochmeister jedoch fest (ohne die Befristung in irgendeiner Weise anzufechten), dass darin die Verbündeten und Anhänger der beiden Streitparteien unberücksichtigt blieben. Deshalb übersandte er dem Großfürsten seinen eignen Entwurf.<sup>77</sup> Dies ist umso erstaunlicher, als die markgräfliche Vermittlungsurkunde nicht nur allgemein die Anhänger beider Seiten, sondern auch den König von Polen und den Herzog von Masowien

Posnaniae 1855, S. 90–92: [...] *inter ipsas treugam inducias et sufferentias sub spe pacis incepturas in festo beati Michaelis Archangeli proxime venturo prorogantes et usque ad festum Sancte Margarethe proxime futurum inclusiuè iniuolabiliter duraturus indicimus per presentes [...]*; vgl. Caro, Jacob: *Liber cancellariae Stanislai Ciolek*. Ein Formelbuch der polnischen Königskanzlei aus der Zeit der Hussitischen Bewegung. Zweiter Theil. Archiv für österreichische Geschichte 52, 1875, S. 164–167, Nr. 95 und SDOP I, S. 145–146, Nr. 145.

72 *Supplementum ad historica Russiae monumenta*. Hg. von A. Turgenew. Petropoli 1848, S. 296–267, Nr. 115: [...] *were is, das der [...] Herre Homeister vnd der Orden czu Preussin mit [...] Wladislaw Konige czu Polan etc. vsirm allerliebstem Brudere, vnnd seyeme Konigreiche eynen offen Krieg bynnen der Czeit des [...] Beyfredes anhuben, so sullen vnd wellen wir den [...] Herren Konig czu Polan vnd sein Konigreich nicht lassen, noch begeben.*

73 Seit dem 8. April 1421 trat der Markgraf als Verbündeter des Königs von Polen gegen den Deutschen Orden auf, siehe den Bündnisvertrag in *Codex diplomaticus Brandenburgensis* (= CDB). Haupttheil II. Band 3. Hg. von A. F. Riedel. Berlin 1846, S. 399–401, Nr. 1394; weiter dazu siehe Gawęda, Stanisław: *Próba osadzenia Fryderyka Hohenzollerna na tronie polskim a sprawa pomorska* [Ein Versuch Friedrich Hohenzollern auf den polnischen Thron zu setzen und die Sache Pommerellens]. In: *Mediaevalia*. W 50. rocznicę pracy naukowej Jana Dąbrowskiego. Hg. von J. Garbacik. Warszawa 1960, S. 177–205.

74 CDB II/3, S. 412–413, Nr. 1401: [...] *treugas pacis christianitatis a festo beate Margarethe proxime futuro anni domini millesimi quadringentesimi vicesimi primi usque ad festum beati Johannis baptiste proxime futurum vel quatuordecim dies post festum beati Johannis baptiste predictum [...]*; vgl. SDOP I, S. 147–148, Nr. 148.

75 Die päpstliche Urkunde ist nicht erhalten. Die Angabe ergibt sich aus dem Brief Großfürst Witolds vom 25. Juli 1421, siehe Anm. 76.

76 Der Brief Großfürsten Witolds an den Hochmeister vom 25. Juli 1421 in CEV, S. 526–527, Nr. 956: [...] *uns was des [...] marggraffen briff ee komen, dorinne her uns schreib, das czwischen uns of sint Johannes baptiste tag nehistkommende of VIII adir of XIII tag dornoch, der beifrede solde weren und dornoch quam u[n]s des [...] unsers heiligen vaters des pabestes briff, das der beifrede van dem leczen tage usganges des nehsten vorganegenen beifredes obir in iar sein solle. [...] doch czwischen den tagen nicht gros undirscheit ist, wen die tage nicht verre sein van enandir, so liben wir den beifrede van sent Margarethe nehest vorgangen obir ein nehist iar czukomftig czu weren [...]*.

77 Der Brief des Hochmeisters an den Großfürst vom 8. August 1421 ibidem, S. 527, Nr. 958.

namentlich anführt. Die von Witold entworfene Verlängerung des Waffenstillstandes scheint der Hochmeister ignoriert zu haben.<sup>78</sup>

Die Zurückhaltung Wladyslaw Jagiello bei den Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes kann man vermutlich damit erklären, dass der König nach dem aus polnischer Perspektive ungünstigen Breslauer Schiedsspruch große Hoffnungen in die Appellation an den Papst setzte. Im Rahmen des Gerichtsverfahrens beauftragte Martin V. seinen Nuntius Antonio Zeno, in Polen und Preußen Zeugenaussagen und Rechtsdokumente zu sammeln.<sup>79</sup> Zenos Mission endete jedoch erfolglos. Der päpstliche Nuntius scheiterte bei den Verhandlungen im Juni 1422 sogar daran, den Waffenstillstand zu verlängern, da er sich völlig auf die Seite der Polen hatte ziehen lassen. Zwei im Hochmeisterarchiv überlieferte Notariatsinstrumente beschreiben diese Verhandlungen aus dem Blickwinkel des Ordens, dessen Unterhändler eine weitere Verlängerung des Waffenstillstandes vorschlugen. Die polnische Seite lehnte den Entwurf aufgrund der Worte *mandatis apostolicis et iuribus sacri imperii semper salvis* ab, was offensichtlich die Verpflichtung bedeutet hätte, den Breslauer Schiedsspruch umzusetzen.<sup>80</sup>

Kurze Zeit nach Ablauf des Waffenstillstandes begannen die Kampfhandlungen, die dem Orden eine schwere Niederlage eintrugen; allerdings nicht in einer offenen Schlacht, sondern durch die verheerenden Verwüstungen und Eroberungen einiger Ordensburgen vor allem im Kulmer Land durch die polnisch-litauische Armee.<sup>81</sup> Der im September 1422 abgeschlossene Friedensvertrag vom Melnosee regelte die meisten der bisher strittigen Fragen, einschließlich die Zugehörigkeit der drei kujawischen Dörfer (Morin, Orlau, Neuendorf), die endgültig an die polnische Krone abgetreten werden mussten. Aus einer weiteren Bestimmung kann man schließen, dass die Urkunden über die Waffenstillstände und deren Verlängerungen jeweils an die Aussteller zurückgegeben werden sollten.<sup>82</sup>

## Fazit

Aus meiner Analyse des Strasburger Waffenstillstandes und dessen Verlängerung kann man nur teilweise allgemeinere Schlussfolgerungen ziehen, die nur bis zu einem

78 Die Urkunden des Großfürsten bzw. des Hochmeisters in *Supplementum*. Hg. von A. Turgenew, S. 297–298, Nr. 116 (SDOP I, S. 148, Nr. 149), bzw. LivUB V, Sp. 752–753, Nr. 2557 (SDOP I, S. 148–149, Nr. 150); vgl. die Bemerkung zu SDOP I, S. 148, Nr. 148.

79 Zu dessen Mission siehe Baczkowski, Krzysztof: *La missione del nunzio Antonio Zeno in Polonia negli anni 1422–1423*. *Prace historyczne* 86, 1987, S. 15–27 und die Edition des Legationsprotokolls in *Lites ac res gestae inter Polonos Ordinemque Cruciferorum. Spory i sprawy pomiędzy Polakami a zakonem krzyżackim*. Akta postępowania przed wysłannikiem papieskim Antonim Zeno z Mediolanu w latach 1422–1423 [Prozessakten vor dem päpstlichen Gesandten Antonio Zeno aus Mailand in den Jahren 1422–1423]. Hg. von S. Józwiak, A. Szweda und S. Szybkowski. Toruń 2015.

80 Die Notariatsinstrumente vom 4. bzw. 5. Juni 1422 in Bellée, H.: *Polen*, S. 125–132, Nr. 22–23; weitere Quellen bei Szweda, A.: *Organizacja*, S. 390–391.

81 Ekdahl, S.: *Der Krieg*, S. 614–651; Biskup, M.: *Wojny*, S. 137–160.

82 SDOP I, S. 150–166, Nr. 152–155 (der Hauptvertrag: *ibidem*, S. 157–164, Nr. 154).

gewissen Grad Gültigkeit für andere Waffenstillstände des Spätmittelalters besitzen. Der Grund dafür liegt in der spezifischen Situation nach dem Abschluss des Thorner Friedens von 1411. Da die Bestimmungen dieses Friedensvertrages Polen-Litauen in keiner Weise befriedigten, bemüht sich die polnisch-litauische Diplomatie intensiv, aber letztlich vergeblich darum, diese Bestimmungen durch den Schiedsprozess des römischen Königs in den Jahren 1412–1414 bzw. die Militärkampagne des folgenden Sommers zu revidieren.<sup>83</sup> Der Strasburger Waffenstillstand vom Oktober 1414 sollte beiden Parteien eine begrenzte Frist bieten, innerhalb derer die Bedingungen eines ewigen Friedens ausverhandelt werden sollten. Da aber der Orden unwillig war, die Regelungen des Thorner Friedens auch nur geringfügig zu ändern, nutzte Polen-Litauen die Befristung des Waffenstillstandes als politisches Instrument zur Durchsetzung der eigenen Forderungen, welche eigentlich in einem Friedensvertrag hätten geregelt werden sollen.

Die alljährlichen Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes immer rund um den Margarethentag (13. Juli) und vor allem die Gefahr, dass die Befristung doch nicht verlängert werden könnte, machten dem Orden schwer zu schaffen. Der Hochmeister musste jedes Jahr aufwändige Söldnerwerbungen im Reich betreiben und das Ordensland in Verteidigungsbereitschaft setzen. Es gelang ihm nicht, eine längere (d. h. mehrjährige) Frist zu erreichen, obwohl die Dauer der Befristung an keine Regeln gebunden und ausschließlich von der Vereinbarung zwischen beiden Seiten abhängig war. Später (1433) wurde sogar ein zwölfjähriger Waffenstillstand vereinbart,<sup>84</sup> was in den Jahren 1414–1422 offenbar unmöglich zu erreichen war.

Obwohl der Orden in einer ungünstigeren Position als Polen-Litauen war, konnte auch der König von Polen seine politischen Ziele nicht durch Waffenstillstände erreichen. Als Machtinstrument war der Waffenstillstand zwar hilfreich, um die eigenen Forderungen durchzusetzen, aber nur bei gleichzeitiger Unterstützung durch den römischen König, der während des Konstanzer Konzils und besonders im Jahr 1419 sehr aktiv zu Gunsten Polen-Litauens und unverhohlen gegen den Deutschen Orden agierte. Nach der politischen Kehrtwende König Sigismunds im Breslauer Schiedsspruch versuchte der König von Polen Rückhalt beim Papst zu finden. Die Mission des päpstlichen Nuntius Antonio Zeno scheiterte jedoch und es wurde allgemein klar, dass der polnisch-preußische Konflikt nicht ohne Krieg beendet werden konnte.

Die im Titel der vorliegenden Studie gestellte Frage muss daher mit einem eindeutigen „Nein“ beantwortet werden. Der immer wieder verlängerte Waffenstillstand gewährte keine Sicherheit und hielt den Konflikt beständig am Köcheln. Beide Streit-

83 Ibidem, S. 83–89, Nr. 83. Als besondere Zeit in den Beziehungen zwischen dem Deutschen Orden und Polen-Litauen werden die Jahre 1411–1422 auch von Rüther, Andreas: „*Ein bisschen Frieden.*“ Vorformen, Abstufungen und Übergänge des Friedens von Melnosee 1422. In: *Od traktatu kaliskiego do pokoju oliwskiego. Polsko-krzyżacko-pruskie stosunki dyplomatyczne w latach 1343–1660 = Vom Frieden von Kalisch bis zum Frieden von Oliva. Diplomatische Beziehungen zwischen dem Königreich Polen und dem Deutschen Orden/Herzogtum Preußen in den Jahren 1343–1660.* Red. A. Bues, J. Grabowski, J. Krochmal, G. Vercamer und H. Wajs. Warszawa 2015, S. 211–226 charakterisiert.

84 Siehe den Waffenstillstand von Łęczycza in SDOP I, S. 189–194, Nr. 176. Beachtenswert ist, dass der ewige Frieden (von Brest-Kujawien) schon zwei Jahre später abgeschlossen wurde, ibidem, S. 197–212, Nr. 181. Vgl. Neitmann, K.: *Die Staatsverträge*, S. 360.

parteien strebten beim Papst bzw. dem römischen König nach einem für sie günstigen Urteilsspruch oder diplomatisch-militärischer Unterstützung. Diese verfolgten jedoch ihre eigenen Interessen, weshalb ihre Position dem Deutschen Orden bzw. Polen-Litauen gegenüber sehr wechselhaft war.

Darüber hinaus erbrachte die Analyse der mit der Verlängerung des Waffenstillstandes zusammenhängenden Urkunden interessante neue Erkenntnisse über den diplomatischen Verkehr zwischen dem Deutschen Orden und Polen-Litauen und nicht zuletzt über die Diplomatie dritter Mächte, wie Papst und römischer König, die mehr oder weniger intensiv in diesen Konflikt eingriffen. Interessant sind vor allem die Kommunikationsprobleme bei den parallel geführten Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes an der polnisch-preußischen Grenze bzw. in Konstanz und vor König Sigismund.

## **Příměří nebo věčný mír? Jednání o prodloužení brodnického příměří mezi řádem německých rytířů a Polsko-litevskou unií (1414–1422)**

Autor analyzuje diplomatické prameny související s jednáním mezi řádem německých rytířů a Polsko-litevskou unií po uzavření brodnického (něm. Strasburg) příměří v říjnu 1414. Příměří mělo sloužit k nalezení nového mírového uspořádání po uzavření toruňské mírové dohody v roce 1411. Polsko-litevská strana, nespokojená s jeho články, usilovala o revizi dohody, zatímco velmistr a řád o její zachování v původní podobě. Nástrojem k nalezení kompromisu měl být smírčí soud (arbitráž) Zikmunda Lucemburského nebo jednání na kostnickém koncilu. Jelikož k tomu během stanovené dvouleté lhůty nedošlo, muselo být příměří prodlouženo. Příměří bylo nakonec prodlužováno několikrát, a to vždy o rok – naposledy v roce 1421, aniž by došlo k uzavření trvalé mírové smlouvy.

Vyjednávání o prodloužení příměří nebylo pouze formální záležitostí, ale mělo svá specifika vyplývající z velmi napjatých vztahů mezi politickými partnery. Polsko-litevská strana využívala hrozby neprodloužení příměří k vyvíjení nátlaku na velmistra, který se obával obnovení války proti mocnému protivníkovi. Jedním z cílů polského krále bylo přimět velmistra, aby předal do jeho správy tři kujavské vesnice (Murzynno, Orłowo a Nowa Wieś), které dosud tvořily řádovou enklávu na polském území. Velmistr toto ultimátum odmítl, i když se za polského krále nejen v této věci postavil Zikmund Lucemburský.

Nejistota ohledně prodloužení příměří nutila velmistra najímat v Říši každoročně žoldnéře, jejichž služby ale nebylo nakonec potřeba. Řádovému vedení rovněž vadilo, že lhůta pro ukončení příměří byla vždy stanovena na červenec (sv. Markéta). Námitka byla zdůvodněna obavami, že pro polsko-litevské vojsko byl uvedený měsíc nejpohodlnějším termínem pro zahájení válečného tažení.

Jednání někdy probíhala na několika místech současně – před Zikmundem Lucemburským a mezi poselstvy na prusko-polské hranici. Dochovaly se listiny prodlužující příměří, jejichž vydavateli nebyli pouze vyjednaváči, ale rovněž prostředníci mezi stranami jako např. Zikmund Lucemburský, papež Martin V. či braniborský markrabě Fridrich Hohenzollernský.

Opakovaně prodlužované příměří nemohlo nahradit „věčný“ mír, který nebyl během trvání příměří ani dojednán. Nové uspořádání vztahů mezi řádem a Polsko-litevskou unií nastalo až po válce a uzavření nové mírové smlouvy v září 1422.

